

II-354 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 268 1J

1987 -04- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Blau-Meissner, Buchner, Fux, Mag.Geyer,
Dr. Pilz, Smolle, Srb und Wabl

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Einbindung der verstaatlichten Banken in die
Finanzierung der Neuelektrolyse Ranshofen AMAG.

In der Öffentlichkeit haben sich Politiker und insbesondere auch Minister dafür ausgesprochen, den Neubau der Elektrolyse Ranshofen - sofern ein solcher durch eine Strompreisregelung zustande kommt - ohne öffentliche Mittel zu finanzieren. Aussagen von Unternehmensseite lassen jedoch darauf schließen, daß die Finanzkraft AMAG nicht ausreichen wird, eine Investition in der Höhe von rund 5 Milliarden allein zu tätigen. So wird davon gesprochen, möglicherweise über Aktienemissionen zusätzliches Kapital der AMAG zuzuführen.

Eine indirekte öffentliche Finanzierung läge jedoch dann vor, wenn die verstaatlichten Banken sich verpflichteten, eine bestimmte Anzahl von Aktien zu kaufen, möglicherweise ohne dann auf die Börse zu gehen, wo sich ein Marktpreise einstellen würde.

Dadurch könnte die AMAG Neuelektrolyse indirekt öffentlich finanziert werden und die verstaatlichten Banken wären Aktionär der AMAG bzw. einer für die Neuelektrolyse neu zu gründenden eigenen Gesellschaft.

Deswegen richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie die folgende

A N F R A G E :

1. Bestehen Absichten, Vorverträge, Beschlüsse, von seiten der verstaatlichten Banken sich in irgendeiner Form an der Neuelektrolyse zu beteiligen?
2. Wenn ja, um welche Summen handelt es sich hierbei und wie teilt es sich auf die verstaatlichten Banken auf?
3. Um welche Form der finanziellen Beteiligung handelt es sich hierbei?
4. Wenn nein, können Sie ausschließen, daß die verstaatlichten Banken zur Finanzierung der Neuelektrolyse herangezogen werden könnten?